

„Österreich und Frankreich in der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“

Bilaterale Konferenz am 29. und 30. Mai 2008

Ein Bericht von Astrid Zahel

An die hundert Teilnehmer und Entscheidungsträger Frankreichs und Österreichs aus Politik, Wirtschaft, Forschung und Militär nutzten an der Landesverteidigungsakademie Wien am 29. und 30. Mai 2008 die Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch auf höchstem Niveau. Die Experten diskutierten die gegenwärtigen Herausforderungen und Fragen einer neuen Weltordnung der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der NATO, der Zukunft der österreichischen Neutralität sowie der Rolle Frankreichs in der ESVP.

Die Direktion für Sicherheitspolitik unter der Leitung von GenMjr Mag. Johann PUCHER veranstaltete gemeinsam mit dem Österreichisch-Französischen Zentrum für Annäherung in Europa (ÖFZ) unter der Leitung von Botschafter Dr. Peter JANKOWITSCH, dem *Französischen Institut für internationale Beziehungen* (ifri), dem französischen Verteidigungsministerium und dem *Österreichischem Institut für internationale Politik* (OIIP) diese hochkarätige Tagung.

Botschafter JANKOWITSCH betonte in seiner Eröffnungsrede, dass sich die neue Dynamik der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) nicht alleine auf die Französische Präsidentschaft beschränken werde. Dies sei alleine schon deshalb zu erwarten, weil es über viele Fragen der künftigen Europäischen Union eine Abstimmung der heutigen und künftigen Präsidialmächte der Europäischen Union geben werde.

Im konkreten Fall werde es eine Abstimmung zwischen den Ländern Frankreich, Schweden und der Tschechischen Republik geben.

Eine Abstimmung in der ohne Zweifel Fragen der ESVP einen wichtigen Platz einnehmen werden. Europa könne somit in nächster Zeit einer eigenen Identität der Sicherheit und der Verteidigung einen Schritt näher kommen. Einer Identität nach der Europa so lange gesucht habe, so Botschafter JANKOWITSCH.

In einem Umfeld strategischer Unsicherheit komme den umfassenden nationalen wie den europäischen Strategien, um die heute Österreich und Frankreich zusammen mit den europäischen Partnern bemüht sind, eine erhöhte Bedeutung zu. Dies zeige sich auch in einer bemerkenswerten Studie des Büros für Sicherheitspolitik, in der gerade die Europäische Union im Zusammenwirken mit den internationalen Partnern das Rückgrat einer funktionierenden multilateralen Friedens- und Entwicklungsordnung bilde. Diese auch weltpolitisch bedeutsamen Strategien sichtbar zu machen, sei eines der Ziele dieser zweitägigen Konferenz, schloss JANKOWITSCH.

Die Zusammenarbeit mit Frankreich könne ihre Widerspiegelung in den Internationalen Institutionen mit Sitz in Wien finden. Österreich und Frankreich seien zwei Länder mit einem großen historischen Erbe. Aufgrund dieses Erbes hätten beide Länder eine gemeinsame globale Vision und dennoch unterschiedliche Entscheidungen getroffen. Trotzdem verfolgten Österreich und Frankreich gemeinsame Strategien im Rahmen der ESVP. Vor allem eine gemeinsame Sicherheitsstrategie, die im Jahre 2003 von beiden Ländern angenommen wurde. Vier der fünf in der der Sicherheitsstrategie georteten Hauptbedrohungen wie Terrorismus, Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, regionale

Konflikte, *Failing States* und organisiertes Verbrechen fallen in den Zuständigkeitsbereich von internationalen Organisationen mit Sitz in Wien, so François-Xavier DENIAU, Ständiger Vertreter Frankreichs bei der UNO in Wien

Es gebe sehr viele Themen, in deren Zusammenhang die Europäische Union bereits hoch aktiv sei, sie könne aber eine noch aktivere Rolle spielen. Frankreich beabsichtige während der französischen Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 2008, Europäische Prioritäten in systematischer Weise innerhalb der internationalen Organisationen zu analysieren und zu bearbeiten. Sei es politische Prioritäten zu definieren oder finanzielle Unterstützung zu verstärken, betonte DENIAU.

Ein Europa der Verteidigung werde eine der großen vier Prioritäten der französischen Präsidentschaft sein, wies Pierre VIAUX, Französischer Botschafter in Österreich, bei der Eröffnung hin. Angesichts der vielen Krisenherde, bei denen die Union nicht einfach zuschauen könne, wolle Präsident SARKOZY eine Aktualisierung der Europäischen Sicherheitsstrategie, die schon von 2003 stammt, herbeiführen. Die zahlreichen Krisen, mit denen die 27 Mitglieder der Europäischen Union konfrontiert seien, erforderten eine Stärkung der militärischen Kapazitäten innerhalb der Union und mache es notwendig, die Interoperabilität der Truppen sicherzustellen. Frankreich werde während seiner Präsidentschaft sehr ambitioniert sein, eine Diskussion über die ständige strukturierte Zusammenarbeit und über die Zusammenarbeit im Rahmen des Reformvertrages in Gang zu bringen, so der Botschafter.

Panel 1: Ein neuer geopolitischer Kontext

Moderation: General Mag. Raimund SCHITTENHELM, Kommandant der Landesverteidigungsakademie Wien

Dr. Dominique DAVID, Exekutivdirektor des IFRI (Französisches Institut für Internationale Beziehungen): „*Ohnmacht der Macht*“

Univ.-Prof. Dr. Heinz GÄRTNER, Wissenschaftler, OIIP, Professor an der Universität Wien: „*Europa und die USA in der neuen Welt*“

Dr. Etienne de DURAND, Leiter der Abteilung für Sicherheitsstudien, IFRI: „*Das Zeitalter der begrenzten Kriege*“

Univ.-Prof. Dr. Otmar HÖLL, Leiter des OIIP (Österreichisches Institut für Internationale Politik): „*Sicherheit im 21. Jahrhundert: Neue Herausforderungen für die Union und ihre Mitglieder*“

Dr. Thomas MAYR-HARTING, BMeiA, Leiter der Politischen Sektion: „*Eine höhere europäische Verantwortung im Management internationaler Konflikte*“

Heinz GÄRTNER

Europa und die USA in der neuen Welt

Der große Umbruch, vor dem wir stehen, ist vielleicht nicht ganz so dramatisch wie der der Jahre 1989 bis 1991, aber doch vergleichbar verunsichernd. Die Entwicklung der globalen Sicherheitslage wird entscheidend davon abhängen, ob wir in einer unipolaren oder in einer multipolaren Welt leben werden, ob die Vereinigten Staaten *Empire* oder *Hegemonialmacht* sein werden.

Nach GÄRTNERS Einschätzung sind die imperialen Ambitionen des amerikanischen Neokonservatismus gescheitert, denn die USA sind nicht in der Lage, die Innenpolitik anderer Staaten maßgeblich zu beeinflussen. Militärisch sowie politisch-diplomatisch werden die USA weiter dominant bleiben, gemildert aber durch multipolare Elemente in der Wirtschaft und in den internationalen Organisationen.

Ein Literaturbericht über die einschlägige US-Debatte der letzten Jahre, die als Empire-Debatte insbesondere auf die Abstiegs These Paul KENNEDYS Bezug nimmt, soll diese Einschätzung untermauern. Die analysierten Autoren sind sich nämlich darin einig, dass die USA eine starke Macht bleiben, aber vermehrt auf Koalition und Arbeitsteilung angewiesen sein werden.

Dominique DAVID

Ohnmacht der Macht

Wie stellen Mächte die Macht in den Dienst etwa der eigenen Sicherheit?

Die Geschichte hat gezeigt, dass es auch aus Machtüberlegungen nicht klug ist, Macht zu eng als militärische Macht zu fokussieren. Denken wir an den Zerfall der UdSSR.

Militärische Macht betrifft vor allem die Konkurrenz zwischen Staaten. In mehreren Etappen, die DAVID mehr analytisch als zeitlich verstanden haben will, hat sich die internationale Befindlichkeit von dieser sehr einfache Ordnungsvorstellung hin zu einer Form neuer Unübersichtlichkeit und Stagnation entwickelt:

1. „*Umwendung zur Kooperation*“: Moderne Interaktionsformen zwischen Staaten beinhalten viel mehr als militärische Konkurrenz. Paradigmatisch für diese Wende stehen die multinationalen Einsätze.
2. „*Rückkehr zum Krieg*“: Angesichts der immer offensichtlicher werdenden Grenzen kooperativen machtpolitischen Denkens hat in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre ein neuer Pragmatismus Platz gewonnen, der sich in einer Renaissance unilateraler oder kartellierter Handelns ausdrückte.
3. „*Neue Angst*“: Seit den Ereignissen des Jahres 2001 konnte man den Traum von einer universell-friedlichen Gesellschaft nicht ungebrochen weiterträumen. Im Mittelpunkt der Reaktionen auf die neuen Bedingungen stand eine Rückkehr zum Schutzdenken.
4. „*Blockade, Erstarrung, Lähmung*“: Gegenwärtig lassen sich mit Blick auf die unterschiedlichen Formen denkbarer Bedrohungen nur schwer plausible Bewältigungsstrategien finden. Wie wir sehen, gibt es in der EU weder eine gute Analyse noch die Bereitschaft zur Umsetzung von Konzepten. Antworten auf asymmetrische Strategien sind nicht leicht zu formulieren; die Suche nach der totalen Sicherheit wird ein unrealistisches Unterfangen. Stabilisierungseinsätze – siehe Irak – können sich zu Horrorszenarien entwickeln; Langzeiteinsätze sind mit hohen finanziellen und menschlichen Kosten verbunden. Wiederaufbau ist kaum mehr finanzierbar. Parallel dazu scheitern internationale Bemühungen etwa im Bereich der Abrüstung.

Diese die gegenwärtige Lage bestimmende Stagnation legt die Entwicklung neuer Konzepte sowohl in den Kooperationsmodellen als auch in ganz praktischen Handlungsfeldern wie der Abrüstung nahe. Wir müssen überlegen, welche Rechtssysteme wir international brauchen und wohin uns die technische Innovation führen wird.

Etienne de DURAND

Das Zeitalter der begrenzten Kriege

Die gegenwärtig großen Schwierigkeiten, vor denen sowohl die US-amerikanische als auch die europäische Sicherheitspolitik steht, sind evident. Unklar ist, in welchen Interpretationskontext sie gestellt werden müssen.

Die neue Lage bestimmt sich wesentlich durch das Ende des „*totalen Krieges*“. Wir leben wieder in einem Zeitalter der „*begrenzten Kriege*“. Begrenzte Kriege aber sind reale Kriege und nicht virtuelle Kriege, wie es der Kalte Krieg war. Die neuen Kriege sind im Gegensatz zu universellen ideologischen Auseinandersetzungen zeitlich und räumlich fokussiert.

Der Westen kann sein Machtpotenzial nur zum Teil real nutzen, weil die ihnen eigene politische Dimension mögliche Einsätze schwächt. Man denke an

- den Mediendruck auf die Politik,
- das bestimmende Ziel einer Friedensgesellschaft,
- die fehlende Kenntnis der Menschen und der Politik über den Krieg,
- die mangelnde Unterscheidung von innerer und äußerer Sicherheit,
- die mangelnde Unterscheidung von Naturereignis und intentional handelndem Feind sowie
- die mangelnde militärische Erfahrung der Entscheidungsträger.

Die Schwierigkeiten beim Übergang vom totalen zum begrenzten Krieg haben aber auch militärische Faktoren:

- Mit begrenzten Kriegen kann man politische Ziele nur schwer in militärische Ziele transformieren.
- Die notwendigen militärischen Anpassungsprozesse sind stecken geblieben, zu viel wurde aus der Zeit des Kalten Krieges unreflektiert konserviert.
- Die Erwartungen an moderne Strategie und Technik waren überzogen. Insbesondere der Erfolg von Bodeneinsätzen bleibt stark gefährdet.
- Gewünschte Abschreckung ist im Kontext begrenzter Kriege schwer aufzubauen.

Um machtpolitisch erfolgreich sein zu können, wird man sich jedenfalls an die Bedingungen des begrenzten Krieges anpassen müssen.

Otmar HÖLL

Sicherheit im 21. Jahrhundert: Neue Herausforderungen für die Union und ihre Mitglieder

1. Die internationale Lage

- Wir beobachten eine neue globale Systemdynamik ebenso wie eine neue Dynamik in Teilsystemen. Deren Grundlage ist jeweils ein hohes Maß an Interdependenz. Noch vor Kurzem erwartete Stabilisierungstendenzen sind ausgeblieben.
- Mit dem gesellschaftspolitischen Alternativmodell des Ostens ist auch eine Vergleichs- und Bezugsgröße abhanden gekommen.
- Die Zunahme innerer Konfliktlagen verändert das Bedrohungsbild.
- Auch wenn ihre sicherheitspolitische Hegemonie erhalten bleiben wird, können die USA ihren eigenen Ansprüchen trotz hoher Rüstungsausgaben nicht gerecht werden.
- Neue Süd-Süd-Kooperationen – man denke an die Golfstaaten oder an China – konkurrieren mit westlichen Beziehungsnetzen.
- Die USA haben sich im Umfeld Russlands und Chinas niedergelassen.

2. Unterschätzte Herausforderungen

Einige neue Herausforderungen werden in ihrer Tragweite erst heute bewusst: Das sind insbesondere

- der rasante ökonomische Aufstieg Chinas,
- der Machtverlust durch die Bevölkerungsentwicklung in den Industriestaaten und
- die nicht ökonomischen Aspekte der Rohstoff- und Energiesicherheit.

3. Die Lage der Union

Auf der einen Seite fährt die EU mit ihrer Soft-Power-Politik grundsätzlich nicht schlecht. Als Modell für Fragen der *Governance* ist die Union jedenfalls glaubwürdig. Auch strukturell ist sie den neuen Herausforderungen gegenüber gut aufgestellt. Auf der anderen Seite kann sie infolge des militärischen *Capacity Gap* ihre Positionen – vor allem in Einsätzen vor Ort – nicht implementieren.

4. Die Situation Österreichs

Österreich wird seine selbst *gehütete aber nicht gelebte Neutralität* – vor allem im Westen – nicht mehr abgenommen. Ein eigenständiges österreichisches Profil existiert im Bereich der Sicherheitspolitik nicht.

Thomas MAYR-HARTING

Eine höhere europäische Verantwortung im Management internationaler Konflikte

Die EU hat zahlreiche politische und andere außenwirksame Instrumente, man denke nur an die Erweiterungspolitik, sie hat aber zugleich auch viele offene Probleme, etwa bei der Frage eines Beitritts der Türkei, betonte der Leiter der Politischen Sektion im österreichischen Außenministerium.

Einerseits bewährt sich das Krisenmanagement der Union: Der Balkan hat keine Alternative zur EU. Die Operation im TSCHAD zeigt, dass die EU nicht als Weltpolizist agiert und dass das unionseuropäische Engagement keine Fortsetzung nationaler Politik mit anderen Mitteln ist.

Die Union wird aber andererseits mit Sicherheit ihre militärischen Komponenten ausbauen müssen: einerseits um militärische Risiken zu minimieren, andererseits um auch militärisch größere Verantwortung übernehmen zu können.

Es stimme übrigens nicht, dass Österreichs Sicherheitspolitik kein Profil habe, wie HÖLL im vorangehenden Beitrag betont. Man beachte nur die besondere Verbundenheit mit den Ländern der alten Blockfreienbewegung.

In der kommenden französischen Ratspräsidentschaft wird es vor allem um die Beziehungen zwischen Frankreich und der NATO gehen, um eine neue Rolle Frankreichs in einem europäischen Pfeiler der NATO, aber auch um Frankreichs Engagement in der strukturierten Zusammenarbeit.

Panel 2: Antwort auf globaler Ebene:
Von der Friedenssicherung zu Stabilisierungsmaßnahmen

Moderation : Dr. Dominique DAVID, Exekutivdirektor des IFRI

Oberstleutnant Laurent FROMAGET, Wissenschaftler, IFRI: „Maßnahmen zur Friedenssicherung: Vom Eingreifen zur Stabilisierung“

Dr. Krzysztof SOLOCH, Wissenschaftler, IFRI: „Anwendung von Raketenabwehrsystemen: Stellungnahme der Regierungen und der Öffentlichkeit“

Jean-François GUILLAUME, Abteilung für strategische Angelegenheiten, Sicherheits- und Abrüstungsfragen, MAEE (Französisches Außenministerium): „Initiative über den illegalen Lufttransport leichter Kleinkalibergewehre und ihrer Munitionen“

Univ.-Doz. Dr. Franz KERNIC, Dozent an der Universität Innsbruck: „EU-Konfliktprävention und Krisenmanagement: Ist ‚Soft Power‘ ausreichend?“

Franz KERNIC

EU-Konfliktprävention und Krisenmanagement: Ist ‚Soft Power‘ ausreichend?

In seiner ersten Grundthese stellte Univ. Doz. Dr. Franz KERNIC von der Universität Innsbruck fest, dass Macht auch ohne militärische Mittel ausgeübt werden könne. Mit *Softpower* (Vergl. J. NYE; bei NYE zählen zu *Hardpower*: militärische und wirtschaftliche Mittel); meint er weiter, könne durch „Attraktivität“ im politischen wie im kulturellen Sinne eine Verhaltensänderung bei anderen Akteuren erzielt werden, die den eigenen Intentionen entspricht und zu einer Verhinderung von *Hardpower* führen könne. Macht sei nach NYE zufolge durch zwei Parameter bestimmt:

1. die Beziehung zwischen den Akteuren;
2. die Wahl der Mittel

In seiner zweiten Grundthese, stellten *Softpower* und *Hardpower* keinen Widerspruch dar bzw. sollten keine darstellen. Vielmehr seien sie als *Kontinuum* zu sehen. Ein Mehr an *Softpower* müsse nicht ein Weniger an *Hardpower* bedeuten.

Bei der Frage, ob die Europäische Union eine *Softpower* sei („Zivilmacht“ war in den 70er Jahren der Terminus), gäbe es zwei unterschiedliche Betrachtungsweisen, so der Professor.

Gemäß NYE, der einen deskriptiven Ansatz verfolgt, könne diese Frage mit einem klaren Nein beantwortet werden, da er auch wirtschaftliche Elemente und somit auch Embargos oder wirtschaftlichen Druck zu *Hardpower* zählt. Die Union sei auch deshalb keine *Softpower*, da sie zusehends, wenn auch im beschränktem Ausmaß, über militärische Mittel verfüge.

Verfolgt man im Gegensatz dazu einen normativen Ansatz und stellt die Frage, ob die EU eine *Softpower* sei, könne das mit einem klaren Ja beantwortet werden. Die internationalen Beziehungen, besonders in Europa, sind vor allem durch die Nichtanwendung von Gewalt bzw. durch die Tendenz, keine Gewalt anzuwenden bestimmt. Die EU könne so auch als Modell für friedliches Krisen- und Konfliktmanagement gesehen werden. Wenn aber von Vorneherein auf *Hardpower* verzichtet wird, sei die Union auch keine *Softpower*, da sie in Krisensituationen nicht zur Verfügung stehe.

Es sei von besonderer Bedeutung, die Attraktivität der *Softpower* und die Mechanismen zur Stärkung der *Softpower* in Europa zu verstärken. Es könne nie genug an *Softpower* geben und es bestehe die Notwendigkeit, die *Attraktivitätskonzepte* immer wieder zu aktualisieren. Es sei in Zukunft immer wichtiger, *Werte*, wie zum Beispiel Verantwortung, wieder in den Vordergrund zu rücken.

Laurent FROMAGET

Maßnahmen zur Friedenssicherung: Vom Eingreifen zur Stabilisierung

Nach dem Ende des Kalten Krieges ist die Zahl der UN-Missionen drastisch angestiegen. Zur selben Zeit sinkt die Zahl der teilnehmenden europäischen Staaten an den Friedensmissionen. Viele europäische Staaten verlagern ihre Kapazitäten immer mehr auf Krisenmanagementaufgaben, vor allem im Rahmen der EU. Der militärische Aspekt habe bei Krisenmanagementoperationen eine steigende Bedeutung, da zur Stabilisierung und Unterstützung der Bevölkerung auch Kriegshandlungen notwendig seien wie zum Beispiel in Afghanistan, so der Wissenschaftler.

Krzysztof SOLOCH

Anwendung von Raketenabwehrsystemen: Stellungnahme der Regierungen und der Öffentlichkeit

An der Diskussion um die Stationierung von Raketenabwehrsystemen der USA in der Tschechischen Republik und in Polen könne gesehen werden, wie sehr die Union und ihre Mitglieder damit beschäftigt sein müssen, eine Spaltung der EU zu verhindern. Dabei spielen die unterschiedlichen Auffassungen von Bedrohungen, aber auch eine gewisse Unfähigkeit der Europäer, eine kollektive Entscheidung zu treffen und so zu einer strategischen Haltung zu kommen, eine Rolle. Die Diskussion drehe sich vorwiegend nicht um technische Aspekte wie die Machbarkeit, sondern um unterschiedliche politische Interessen.

Gegner des Raketenabwehrsystems wie Slowenien, Belgien, Luxemburg und Österreich sehen vor allem mögliche negative Auswirkungen auf die internationalen Beziehungen. Dabei befürchten diese Länder vor allem eine Verschlechterung der Beziehungen zu Russland oder den Beginn eines „neuen Wettrüstens“.

Die Regierungen in Polen oder in der Tschechischen Republik hätten am Raketenabwehrsystem zwar, aufgrund einer zu erwartenden strategischen Partnerschaft mit den USA großes Interesse. Die Bevölkerung sei aber massiv mit bis zu 70 Prozent gegen die Stationierung eines Raketenabwehrsystems. Klassische Befürworter seien Großbritannien, Dänemark, Niederlande und Spanien.

Frankreich sei traditionell eher gegen Raketenabwehrsysteme, da sie im Widerspruch zum Konzept der Abschreckung gesehen werden. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 und der zunehmenden Proliferation von Massenvernichtungswaffen rücke Frankreich aber ein wenig von dieser Haltung ab. Grundbedingungen für Raketenabwehrsysteme seien erstens, damit ein neues Wettrüsten zu verhindern, und zweitens, die Aufforderung an die ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates, darüber zu diskutieren.

Jean-Francois GUILLAME

Initiative über den illegalen Lufttransport kleinkalibriger Waffen und ihrer Munition

SALW (*Small Arms and Light Weapons*) stellen weltweit ein gravierendes Problem dar. Die größten Probleme treten auf dem afrikanischen Kontinent auf. Für die Europäische Union ist daher Afrika eine Schlüsselarena auf den Gebieten der Rüstungskontrolle und SALW.

Eine besondere Bedeutung hätte dabei eine Kooperation mit dem Europarat, den Vereinten Nationen (UNO), dem *Wassenaar-Büro* in Wien (*Wassenaar Abkommen über Exportkontrolle für konventionelle Waffen und Dual-Use Gütern und Technologien* vom 12.05.1996) und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Bisher gäbe es zwischen diesen Institutionen keinerlei Synergieeffekte, bemerkte Prof. Heinz GÄRTNER hierzu.

Besonders schwierig zu kontrollieren sei der Transport von SALW. Auf See bzw. in Seehäfen ist dies noch einigermaßen machbar, beim Transport auf dem Luftweg sei eine Kontrolle nahezu unmöglich. Die Gründe dafür seien zunächst damit zu erklären, dass der Start der Flugzeuge zumeist legal erfolgt. Erst später beginnt die illegale Beladung mit SALW und erfolgt zumeist irgendwann und irgendwo. Die enorm hohen Zahl der Luftbewegungen und die mangelnde bzw. nicht vorhandene Luftraumüberwachung vieler Staaten machen eine effiziente Kontrolle nahezu unmöglich.

Ein möglicher Lösungsansatz wäre, nicht einzelne Flugzeuge zu kontrollieren, sondern den „Strom“ von SALW generell zu erfassen. Dies würde bedeuten, bestimmte Fluglinien zu identifizieren oder Transportwege auszumachen. Für Staaten mit Luftraumüberwachungsmöglichkeiten wäre es besonders wichtig, sich verstärkt einzubringen und eine bessere Kooperation mit den Nachrichtendiensten zu erreichen. Frankreich werde während der EU-Präsidentschaft diesen Ansatz weiter forcieren.

Panel 3: Das Europa der Verteidigung

Moderation: Eliane MOSSE, Beraterin des IFRI für das ÖFZ

Oberst Eric LABOURDETTE, Leiter der Abteilung EU/ Generalstab/ Internationale Institutionen, MINDEF (Französisches Verteidigungsministerium): „Ziele, Mittel und militärische Instrumente der ESVP“

Dr. Manfred SCHEICH, Berater beim Österreichischen Institut für Europäische Sicherheitspolitik, ehemaliger Ständiger Vertreter Österreichs bei der EU: „Was bringt der Lissabonner Vertrag für die Entscheidungsfähigkeit der EU?“

Legationsrat Mag. Karl PRUMMER, stv. Leiter der Abteilung für Sicherheitspolitische Angelegenheiten / GASP / Grundsatzfragen, BMeiA: „ESVP und Reformvertrag“

Chefingenieur Eric BRUNI, Generaldelegation für Rüstung, Leiter des Referats für Kooperation und europäische Entwicklung, MINDEF: „Europa und die Verteidigung: Bedeutung der Rüstung für den Ausbau künftiger Kapazitäten“

Eric LABOURDETTE

Ziele, Mittel und militärische Instrumente der ESVP

In diesem Teil standen zwei zentralen Themen für eine erfolgreiche Entwicklung der ESVP in der Zukunft im Vordergrund. Einerseits auf der praktischen Ebene mit den Kapazitäten, andererseits auf der politisch-rechtlichen Ebene mit dem Vertrag von Lissabon.

In seinen Ausführungen zu den Kapazitäten bemerkte Oberst LABOURDETTE zu Beginn, dass die ESVP in ständiger Entwicklung sei und dass diese Entwicklung beim gesamteuropäischen Entwicklungsprozess helfe. Die ESVP sei dabei das Instrument zur Schaffung und Aufrechterhaltung von Sicherheit. Dazu müsste zuerst eine Definition der Sicherheitsinteressen geschaffen und im nächsten Schritt müsse die zur Wahrung der Interessen notwendigen Kapazitäten aufgebaut werden.

Die Schaffung von Kapazitäten sei die Voraussetzung für sicherheitspolitische Autonomie und habe auf zwei Ebenen zu erfolgen, auf politisch/strategischer sowie auf operativ/taktischer Ebene. Dazu sei der Aufbau eines EU-Generalstabes und eines Lagezentrums notwendig. Aufgrund der kleinen Militärbudgets in der EU müsse auf dem Gebiet der Rüstung verstärkt – vor allem durch die EDA - kooperiert werden. Durch den Vertrag von Lissabon werden in Zukunft auch auf rechtlicher Basis die Kapazitäten auf dem Rüstungssektor erhöht.

Eric BRUNI

Europa und die Verteidigung: Bedeutung der Rüstung für den Ausbau künftiger Kapazitäten

An dieses Statement anknüpfend betonte D.I. Eric BRUNI, dass das Problem bei den Kapazitäten nicht die zu geringen Mannstärken in den europäischen Armeen sei, sondern das Fehlen von militärischer Hardware sowie von gemeinsamem Training. Gemeinsame Forschung, Entwicklung und Beschaffung, besonders im Bereich der Fliegerkräfte und hier vor allem in den Bereichen wie Lufttransport, Luftbetankung oder Drohnen, könne dabei die geringen Budgets ausgleichen. Rüstungsentscheidungen sollten in Zukunft verstärkt und bindend auf EU-Ebene getroffen werden.

Manfred SCHEICH

Was bringt der Lissabonner Vertrag für die Entscheidungsfähigkeit der EU?

Zum zweiten Thema, dem Vertrag von Lissabon und dessen Auswirkungen auf die ESVP, stellte Dr. Manfred SCHEICH eingangs fest, dass die politische Entscheidungsfähigkeit eine Grundlage der ESVP sei und dass erst in der Folge Entscheidungen getroffen und Aktionen durchgeführt werden könnten. Diese gemeinsame Entscheidungsfähigkeit bestehe derzeit nicht, und dieser Umstand werde sich auch nach der Annahme des *Vertrages von Lissabon* nicht ändern. SCHEICH begründete damit, dass ESVP-Entscheidungen weiterhin intergouvernemental getroffen würden.

Die Möglichkeit der konstruktiven Enthaltung stelle aber bereits einen Aufbruch des strikten Prinzips der Einstimmigkeit dar. Entscheidendes Kriterium für die ESVP ist aber auch weiterhin, ob ein *gemeinsamer europäischer Wille* vorhanden ist. In diesem Zusammenhang bilde eine übereilte Erweiterung der EU ein Risiko, da damit die Gefahr des Verlustes der inneren Kohäsion verbunden sei.

Karl PRUMMER

ESVP und Reformvertrag

Abschließend führte Mag. Karl PRUMMER aus, dass es im Vertrag von Lissabon im ESVP-Bereich nur wenige „echte“ Neuerungen gäbe und dass der Vertrag vor allem die vorhandene Praxis in das Primärrecht überführe. Analog zur (militärischen) *Europäischen Rüstungsagentur* (EDA) müsse in Zukunft ein ziviles Pendant geschaffen werden, daneben müsse die Europäische Sicherheitsstrategie von 2003 aktualisiert und vor allem in den Bereichen Klimawandel und Energiesicherheit ergänzt werden.

**Panel 4: EU und die europäischen Sicherheitsinstitutionen (NATO, OSZE):
Wie ergänzen sie einander?**

Moderation: Paul FRITCH, Leiter des Büros des Generalsekretärs der OSZE

Dr. Andreas WIEDENHOFF, Ständiger Vertreter Österreichs im Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee der EU: „Tschad, Balkanländer: Evaluierung der hauptsächlichen EU-Maßnahmen“

Brigadier Mag. Reinhard TRISCHAK, Direktor der Abteilung ‚Konzepte und Kapazitäten‘, EU-Militärstab: „Beziehungen EU-NATO aus Brüsseler Sicht“

Eric LEBEDEL, Ständiger Vertreter Frankreichs bei der OSZE: „Ziele und Mittel der OSZE und die Beziehungen EU/OSZE“

Margit WÄSTFELT, Ständige Vertreterin Österreichs bei der OSZE: „Parlamentarische Kontrolle von Streitkräften und die Privatisierung von Sicherheit“

Die OSZE biete einen „*Mantel des ständigen strukturierten Dialogs*“ von Vancouver bis Wladiwostok. Mit diesen Worten eröffnete der Moderator FRITCH und gab eine kurze Vorstellung über die Aufgabenfelder der OSZE, die nicht nur in den Unruhegebieten Süd- und Osteuropas tätig wird, sondern bis nach Zentralasien hinein.

Andreas WIEDENHOFF

Tschad, Balkanländer: Evaluierung der hauptsächlichen EU-Maßnahmen

Die humanitäre EUFOR Friedensmission im TSCHAD soll die Situation der Not leidenden Bevölkerung verbessern und den Flüchtlingen Schutz gewähren. Dabei werde auch bei der Vorbereitung auf Rückkehr in die Heimat geholfen. Gleichzeitig sei auch ein internationaler Polizeieinsatz im benachbarten Sudan, der Heimat der meisten Flüchtlinge, tätig. Beide Missionen basieren auf einem UN-Sicherheitsratsbeschluss, für den Einsatz im TSCHAD gibt es dazu ein einstimmiges Votum der EU-Mitgliedsstaaten. Die Vereinten Nationen seien auch in Zukunft der wichtigste Sicherheits-Partner der Union, zu deren weiteren natürlich auch die OSZE und NATO zählen.

Der Einsatz im Herzen Afrikas sei ungemein schwierig, bei bis über 50°C Lufttemperatur und ständigen Rebellen- und Bandenbewegungen. Aber, wie ein Staatsmann auf Journalistenfragen sagte: „*Nicht das Leichte, das Richtige zu tun ist wichtig*“. Dieser Einsatz schaffe – nach Ansicht WIEDENHOFFS – gute Grundlagen für eine spätere politische Lösung wie die Rückführung von Flüchtlingen in eine sichere Heimat.

Die Unterschiedlichkeit der Mitgliedsländer der EU garantiere auch einen guten Mix an „*Hard- und Soft-Power*“. Dies trage zur hohen Qualität der EU als „*Security Provider*“ bei.

In Bosnien und Herzegowina sei heute vor allem Soft Power gefragt, insbesondere zähle das Versprechen einer späteren Beitrittsmöglichkeit zu den „*Carrots*“ der EU.

Im Kosovo sind ca. 1900 Experten aus Justiz (Richter und Staatsanwälte), Zoll, Polizei und Verwaltung im Rahmen der Rechtsstaatlichkeitsmission der Europäischen Union im Kosovo (EULex) im Einsatz, um den Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen und den Minderheitenschutz zu fördern.

WIEDENHOFF wies insbesondere noch auf die nur 15 Seiten starke, gut lesbare „Sicherheitsstrategie“ der EU aus 2003 hin, die eine allgemein zugängliche Basis der EU-Entscheidungen auf dem Sicherheitssektor darstelle.

Reinhard TRISCHAK

Beziehungen EU-NATO aus Brüsseler Sicht

Stark und emotionsgeladen seien die Beziehungen in der Zusammenarbeit zwischen EU und NATO, da ein nicht EU-Land (TR) in der NATO wegen deren Einstimmigkeitsprinzip eine Sperrminorität habe, könne es verlangen, dass jene EU-Mitglieder, die nicht NATO-Mitglieder sind (vor allem Zypern, aber auch Malta) keine Aufklärungsergebnisse der NATO bekämen und bei der Besprechung verschiedener NATO-geführter – oder sogar auch EU-geführter, aber mit Einbeziehung von NATO-Ressourcen – Missionen (z.B. ALTHEA in Bosnien) den Raum verlassen müssten.

Dies könne im schlimmsten Fall zur unnötigen Gefährdung des Lebens der im Einsatz befindlichen Soldaten führen. Es sei ein unhaltbarer Zustand, der teilweise „*informell*“ umgangen werde. Die EU scheint nicht „*Manns genug*“ zu sein, einem Beitrittswerber selbstverständlichen Kooperationswillen abzuverlangen. Es gilt nun schon als Erfolg, wenn der kommandierende General der jeweils anderen Organisation (NATO bzw. EU-Militärstab) zu den komplementären Sitzungen eingeladen wird und tatsächlich teilnimmt, so TRISCHAK.

Aus Brüsseler Sicht sähe man die Verantwortung für den Fortschritt in den Angelegenheiten der EU in den einzelnen Hauptstädten der Mitgliedsländer. Die einzelnen Regierungen entscheiden ihr Stimmverhalten in Brüssel, in den Mitgliedsländern wird hingegen alles auch oft Negatives auf „*Brüssel*“ geschoben. Man müsse sich „*gegen Brüssel durchsetzen*“. Analoges gilt auch vor die jeweilige Verortung der Verantwortung zwischen „*der Politik*“ und „*dem Militär*“. Jeder Beobachter von Abläufen und Zuständigkeiten möge sich selbst seinen Reim darauf machen.

Eric LEBEDEL

Ziele und Mittel der OSZE und die Beziehungen EU/OSZE

Über das Verhältnis des „*Kleinen Europas von Brest bis zum Ural*“ zum „*Großen Europa von Vancouver bis Wladiwostok*“ kam LEBEDEL zum Schluss, dass circa ein Drittel der Mitarbeiter der OSZE aus EU-Staaten komme, während die EU drei Viertel des Budgets beitrage.

Die EU sei zwar öffentlich präsenter als die OSZE, die beiden Organisationen ergänzten einander aber sehr gut. Die OSZE sei sehr erfolgreich in der Behandlung „eingefrorener Konflikte“, sei eine unverzichtbare Stütze für die Beachtung der heuer vor 60 Jahren erfolgten Deklaration der Menschenrechte (insbesondere auch im Bereich des Menschenhandels) und kümmere sich effizient um die Eindämmung der *Organisierten Kriminalität* und des *Drogenschmuggels*. Ein weiteres Tätigkeitsfeld der OSZE ist die *Umweltproblematik*.

Margit WÄSTFELT

Parlamentarische Kontrolle von Streitkräften und die Privatisierung von Sicherheit

Die österreichische Vertreterin bei der OSZE nahm sich des stets aktuellen Themas der demokratischen Kontrolle der Streitkräfte an und fragte, wieweit sich das auch auf private Sicherheits- und Militärfirmen anwenden lasse. WÄSTFELT ging auf die zunehmende Involvierung von Söldnern (als Kombattanten) und Sicherheits- und Personenschutzfirmen (als Nichtkombattanten) in Kriegsszenarien wie beispielsweise im IRAK ein. Deren Einsätze haben sich in Quantität und Qualität (von logistischer Unterstützung bis zu gefährlichen Einsätzen, obwohl sie Nichtkombattanten-Status beanspruchen) im letzten Jahrzehnt stark verändert; sie befinden sich derzeit aber in einer völkerrechtlichen Grauzone. Die Schweiz habe dieses Thema zwar bereits auf die internationale Agenda gebracht, eine politische Diskussion hat aber noch nicht eingesetzt.

Die OSZE habe in ihrem Verhaltenskodex den Staaten dringend empfohlen, keine Organisationen zu dulden, die den staatlichen Organen nicht rechenschaftspflichtig sind. Damit seien natürlich die privaten Militärfirmen (der USA) gemeint, die zunehmend von der US-Regierung mit jenen Aufgaben beauftragt werden, die der Armee nicht zuzumuten sind.

Panel 5: Die militärische Stärke Österreichs und Frankreichs

Moderation: Generalmajor Mag. Dieter HEIDECKER, stv. Streitkräftekommandant

General Jean-Philippe WIRTH, Leiter für internationale Projekte im französischen Verteidigungsministerium, ehemaliger Heeresgeneralinspektor: „Ausblick auf die militärischen Kapazitäten Frankreichs im Jahre 2008“

Brigadier Mag. Reinhold SIMON, Leiter Realisierungsplanung 01, Management ÖBH 2010: „Militärkapazitäten Österreichs“

Oberst Jean MORNARD, Verteidigungsattaché bei der französischen Botschaft in Wien: „Österreichisch-Französische Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit und Verteidigung: Aktueller Stand und Perspektiven“

Streitkräfte sind für alle Missionen das Mittel zur Umsetzen von Sicherheitspolitik, so Moderator HEIDECKER eingangs. Österreich habe gegenwärtig 2700 Soldaten im In- und Ausland im militärischen Einsatz. Etwa 1500 Soldaten sind in internationalen Missionen wie KOSOVO, GOLAN, TSCHAD, etwa 1000 sind im Inland zur Überwachung der Schengen Ostgrenzen unterwegs und sind im Rahmen der Hilfeleistung des Innenministeriums gegen die organisierte Kriminalität im Einsatz, einige sind im Katastropheneinsatz und schließlich für die permanenten Aufgaben wie die Luftraumüberwachung. Diese Zahl erscheint relativ wenig im Vergleich zu einer großen Nation wie Frankreich. In Relation jedoch zur Einwohnerzahl Frankreichs mit sieben Mal so vielen Menschen wie in Österreich stellt sich die Lage ganz anders dar. Vergleicht man die beider Länder in Relation zur Bevölkerungszahl, habe Österreich in Bezug auf die Leistung mit Frankreich gleichgezogen, so HEIDECKER. Wenn man bedenkt, dass selbst Berufssoldaten in Österreich sich ausschließlich freiwillig zum Einsatz verpflichten können, relativiere sich diese Zahl noch mehr.

In den letzten 24 Stunden gab es drei bedeutende Ereignisse, die für das Österreichische Bundesheer von hoher Relevanz seien, betonte Heidecker weiter. Erstens die Verabschiedung des österreichischen Kontingents der *Peace Keeping Mission* am GOLAN UNDOF. Es werde erstmalig eine bilaterale Operation zwischen Österreich und Kroatien am GOLAN geben. Zweitens stelle Österreich im KOSOVO zum ersten Mal in der NATO geführten Mission der multinationalen *Task Force South* (MNTFS) einen Brigadekommandanten an die Spitze und übernimmt ein Jahr lang das Kommando. Und schließlich drittens die Überleitung der Zentralstelle des Verteidigungsministeriums werde an diesem Tag mit einem Festakt gefeiert. Die Transformation sei der Weg des österreichischen Bundesheeres, sich von einer Ausbildungsarmee hin zu einer Einsatzarmee zu entwickeln, die zusammen mit den europäischen Partnern solidarisch die Aufgaben von *Petersberg* und *Petersberg* + erfüllen könne so der Moderator GenMjr HEIDECKER zu Beginn diese Panels.

Jean-Philippe WIRTH

Ausblick auf die militärischen Kapazitäten Frankreichs im Jahre 2008

Weltweit gäbe es immer mehr Krisensituationen und steigende Risiken und Bedrohungen auf die eigene Sicherheit und auch auf die Sicherheit der Europäischen Union. Daher tritt Frankreich für starke Streitkräfte ein. Dies sowohl im eigenen Land als auch außerhalb der französischen Grenzen mit 33 000 Soldaten der französischen Armee, die ständig im Auslandseinsatz sind, stellte der General fest. Frankreich unterstützt sowohl die Militärkapazitäten der EU als auch die militärische Umwandlung der NATO. Die Streitkräfte zeigen dabei, dass sie sehr reaktionsfähig sind. Das berechtige die sehr hohe Akzeptanz und das Vertrauen breiter Schichten der französischen Bevölkerung in ihre Berufsarmee.

Im Weißbuch vom Jahre 1994, dessen Revidierung derzeit zum Abschluss gelangt, werden die Militärkapazitäten Frankreichs in vier strategischen Grundfunktionen angesiedelt. Möglicherweise werde im neuen Weißbuch auch noch eine fünfte strategische Funktion, die Ponderation, hinzugefügt und vielleicht auch noch um die Funktion der Antizipation erweitert. Die vier strategischen Funktionen sind:

- Abschreckung
- Schutz
- Prävention
- Projektion (Eingreifen)

Die strategische Grundfunktion der Abschreckung sei in erster Linie Aufgabe der französischen nuklearen Streitkräfte. Sie gehe davon aus, dass Frankreich autonom bleiben soll. Es sei das wichtigste Element der französischen Verteidigung, um die nationale Unabhängigkeit und autonome Entscheidungsfähigkeit zu gewährleisten. Die Abschreckung ist in zwei Teilen zu sehen. Sie ist hochsee- und luftgestützt und hat das Ziel, sich ständig zu modernisieren, um die Glaubwürdigkeit aufrecht zu erhalten. Die neue Interkontinentalrakete M 51, die von U-Booten gestützt werde, sei ab 2010 einsatzbereit. Eine verbesserte Mittelstreckenrakete ASMPA („*Air-sol moyenne portée amélioré*“) für Luft-Boden-Mittelstreckenraketen, mit dem 2008 die ersten *Mirage 2000 N* Geschwader ausgerüstet werden, soll die Modernisierung gewährleisten. Luftgestützt werde sie ab 2008 auf dem Kampfflugzeug *Raphalle* transportiert werden, so WIRTH weiter.

Die französische Armee sei in der Lage, 50 000 Soldaten für kurzfristige Einsätze und 20 000 ohne Zeitbeschränkung immer in Bereitschaft zu halten. Die Luftwaffe halte mit 100 Kampfflugzeugen und Versorgungsflugzeugen und einer Transportgruppe, die innerhalb von drei Tagen 1500 Mann zum Einsatz bringen könne. Die Marine mit einer Flugzeugträgergruppe, einer amphibischen Gruppe und U-Booten mit.

Die Gendarmerie solle es möglich sein, ständig 600 Gendarmen im Auslandseinsatz bereit zu halten. Die große Herausforderung der französischen Armee sei, das gesamte Aufgabenspektrum für Streitkräfte abzudecken. Gegenwärtig sei Frankreich in 30 Auslandseinsätzen engagiert und ca. 13 000 Soldaten stehen im Einsatz.

Die strategische Grundfunktion Schutz umfasse in erster Linie den Kampf gegen den Terrorismus und den Katastrophenschutz. 1500 Soldaten der *Special Operation Forces* werden zu diesem Zweck in ständiger Einsatzbereitschaft gehalten um etwa terroristische Bedrohungen abzuhalten. Die Luftstreitkräfte haben ständige operative Patrouillen im

Einsatz zur Luftraumüberwachung mit etwa 30 Prozent der Aktivitäten. Die Marine gewährleiste diese Schutzfunktion mit etwa 25 Prozent der Aktivitäten.

Abschließend kündigte WIRTH Änderungen im neuen Weißbuch an. Nach seiner Einschätzung der Lage erachte Frankreich die eigenen Kapazitäten als unbedingt notwendig. Nachrichtendienste sollten fähig sein, zwei Bereiche abdecken zu können und dabei den gesamten Prozess des Informationsmanagements zu beherrschen. Zu diesen Bereichen zählen erstens die ständige strategische Überwachung und zweitens die Einschätzung tatsächlicher Krisen. Frankreich sei ehrgeizig und habe die Kapazität, innerhalb Europas eine Führungsrolle anzustreben, denn aus französischer Beurteilung heraus gäbe es wenige Länder, die eine solche Aufgabe übernehmen könnten. Dazu seien *Special Operation Forces* mit eigenen Kommandostrukturen und einer eigenen Einsatzdoktrin erforderlich. Frankreichs militärische Kapazitäten im Rahmen der NATO (obwohl nicht integriert) und der ESVP könnten wesentlich zur Sicherung Europas beitragen, so Wirth.

Reinhold SIMON

Militärkapazitäten Österreichs

Brigadier SIMON stellt den Ablauf, Eckdaten und die Ergebnisse der Bundesheerreformkommission in der Reform vor.

Zusammenfassend meinte er, dass das österreichische Bundesheer weiterhin darauf auszurichten sei, die neuen Herausforderungen und Aufgaben zu bewältigen. Zielsetzung der Reform sei es, bis 2010 in einen fortlaufenden Transformationsprozess eine ständige Optimierung der Streitkräfte an ein sich änderndes Umfeld zu bewirken. Zur Sicherstellung von Einsätzen werden 10.000 Mann im Inland und strukturierte Kräfte für den Auslandseinsatz verfügbar gemacht. Die Auslandseinsatzverpflichtung werde dazu eine unabdingbare Voraussetzung darstellen. Das Schwergewicht der Maßnahmen läge auf den operationellen Kräften, so SIMON. Der Kaderdichte soll erhöht, die Ausrüstung konsequent verbessert werden. Auch die Miliz werde weiterhin eine entsprechende Rolle spielen. Sie diene auch zur personellen Sicherstellung bei Auslandseinsätzen auf freiwilliger Basis.

Jean MORNARD

Österreichisch-Französische Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit und Verteidigung: Aktueller Stand und Perspektiven

Die Verteidigungsbeziehung zwischen Frankreich und Österreich in militärischer Hinsicht funktioniere traditionell sehr gut. Trotz vieler gleicher Ziele seien die Grundvoraussetzungen jedoch oft unterschiedlich. Bei den verteidigungspolitischen Beziehungen gibt es unterschiedliche Ansichten und Interessen. Hier sind vor allem die Kontakte sehr wichtig. Zu den französischen Prioritäten gehören zum Beispiel die Durchsetzung der Bestimmungen des *Lissabonner Vertrages*, die Verstärkung der Planungskapazitäten, die Harmonisierung der Offiziersausbildung oder die Verbesserung der EU-NATO Beziehungen.

Die militärische Zusammenarbeit beruhe vorwiegend auf gemeinsamer Ausbildung, Austausch von Fachwissen, von Personal und weiterhin die Ausbildung der Gebirgstruppen, Sondereinsatztruppen und Sanitätspersonal. Die Zusammenarbeit zwischen den Luftstreitkräften sein am Toten Punkt angelangt. Dies läge an der strukturierten Ausrichtung und an den unterschiedlichen Ausrüstungen. Eine Situation, die weiter andauern werde, bis die österreichischen Jagdeinheiten wirklich einsatzbereit seien.

Mit dem humanitären Friedenseinsatz im Tschad beginnt zum ersten Mal auch auf operativer Ebene eine Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Österreich. Zum operativen Bereich zähle auch die Ausbildung österreichischer Einheiten im Wüsten- und Dschungelkampf. Im französischen Kommando in Afrika sei auch ein österreichischer Offizier geplant.

Auf der Ebene der nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit seien die Kontakte enger geworden. Im Bereich der Rüstung gäbe es gute bilaterale Beziehungen. Die Grundaufstellung der beiden Staaten sei jedoch in diesem Bereich sehr unterschiedlich. Frankreich versuche im Rüstungsbereich autonom zu bleiben. Österreich habe im Bereich der Rüstung nur in Form von KMUs (Klein- und Mittelbetriebe) und deckt seinen Bedarf von außen.

Beträchtliche Unterschiede weisen auch die Verteidigungsbudgets auf. Während Frankreich 2 Prozent des BIP für die Verteidigung aufwendet, sind es in Österreich hingegen 0,7 % des BIP.

Wenn auch die Beziehungen zwischen den beiden Ländern sehr positiv sind, so zeigen sich doch unterschiedliche sicherheitspolitische und verteidigungspolitische Grundaufstellungen. Frankreich habe seit mehr als zehn Jahren ein Berufsheer. Die Hauptaufgaben für das französische Heer sind im Ausland, während Österreich eher zur Wehrpflicht und zur Territorialisierung der Streitkräfte tendiert. Eine unterschiedliche territoriale Prioritätensetzung stehe dabei einer weiteren Vertiefung der Beziehungen im Wege. Während für Österreich das Schwergewicht auf dem Balkan liegt, ist für Frankreich das Schwergewicht Afrika.

MORNARD kommt zum Schluss, dass einerseits eine Verbesserung und Stärkung der Kontakte zwischen den beiden Staaten notwendig sei und andererseits die Ausbildung österreichischer Offiziere in Frankreich intensiviert werden müsse. Auch denke er in Zukunft an eine Kooperation beim Einsatz im südlichen Mittelmeer, so MORNARD

Panel 6: Sicherheits- und Verteidigungsstrategien in Österreich und Frankreich

Moderation: Dr. Werner FASSLABEND, B.M. a.D., ehemaliger Verteidigungsminister, Präsident des Österreichischen Instituts für Europäische Sicherheitspolitik und der Politischen Akademie der ÖVP

Oberst Eric LABOURDETTE, Leiter der Abteilung EU/ Generalstab/ Internationale Institutionen, MINDEF: „Prioritäten der französischen EU-Präsidentschaft hinsichtlich der ESVP und Umsetzung des Kapitels ‚Verteidigung‘ im Vertrag von Lissabon“

Dr. Helmut SCHNITZER, Leiter der Abteilung für Sicherheitspolitische Angelegenheiten im Bundeskanzleramt: „Sicherheits- und Verteidigungsstrategie Österreichs“

Brigadier Mag. Gustav GUSTENAU, stv. Leiter der Direktion für Sicherheitspolitik, BMLV: „Österreichische Verteidigungspolitik – aktuelle Herausforderungen“

Eric LABOURDETTE

Prioritäten der französischen EU-Präsidentschaft hinsichtlich der ESVP und Umsetzung des Kapitels ‚Verteidigung‘ im Vertrag von Lissabon

Eingangs legte Oberst LABOURDETTE in Vertretung seiner französischen Kollegen die groben Ziele der französischen Ratspräsidentschaft im Bereich der ESVP dar. Konkrete Ziele und Vorschläge zur ESVP würden dabei in Rücksicht auf das EU-Vertrags-Referendum in Irland noch nicht bekannt gegeben. Klar sei jedoch, dass die ambitionierten Ziele zwar durch die französische Präsidentschaft initiiert, aber erst durch die folgenden Präsidentschaften voll umgesetzt werden können. Die Hauptziele seien erstens die bestehenden EU-Missionen im Tschad und Bosnien weiterzuführen und das weitere Vorgehen festzulegen.

Zweiter Schwerpunkt liege auf der Erhöhung der Kapazitäten und dem Aufbau von gemeinsamen Marine- und Luftwaffenverbänden ähnlich den *Battlegroups*, welche derzeit primär von den Landstreitkräften gestellt werden.

Drittens solle die ESS eine Revidierung erfahren, um sie den geänderten Gegebenheiten seit 2003 anzupassen. Weiters existiere die Idee, ein ERASMUS-Programm im militärischen Bereich zu installieren, um die Integration der verschiedenen Streitkräfte zu erhöhen. Zur Konkretisierung der Ziele und Planung der Realisierung werde die französische Ratspräsidentschaft Seminare mit allen Mitgliedsstaaten abhalten.

Helmut SCHNITZER

Sicherheits- und Verteidigungsstrategie Österreichs

Helmuth SCHNITZER stellte im Anschluss die österreichische Haltung in der ESVP dar und erläuterte die Grundlagen der Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin von 2001. Dabei wurde klargemacht, dass Neutralität und Solidarität einander nicht widersprechen und dass die sicherheitspolitischen Herausforderungen nur gemeinsam bewältigt werden können. Ziel der österreichischen Bundesregierung sei es, 2008 ein Konzept der Umfassenden Sicherheitsvorsorge zu entwickeln, welches zunächst aus drei Kernelementen bestehe. Erstens aus einem im April 2008 erstellten Masterplan zum Schutz kritischer Infrastruktur, zweitens aus einer umfassenden Strategie für Auslandeinsätze und drittens aus einem Gesamtkonzept für den Westbalkan.

Gustav GUSTENAU

Österreichische Verteidigungspolitik – aktuelle Herausforderungen

Den Abschluss des sechsten Panels bildeten die Ausführungen von Brigadier GUSTENAU, der das Teilkonzept Verteidigungspolitik erörterte. Beginnend mit den strategischen Rahmenbedingungen wurde zunächst festgehalten, dass Österreich derzeit nicht umfassend bedroht sei, außer durch pandemische Ereignisse. Die Lage Österreichs, umgeben von NATO-Staaten, führt verteidigungspolitisch zu einer komfortablen Situation.

Das österreichische Streitkräfteprofil sei vor allem auf den Einsatz bei Stabilisierungsoperationen beziehungsweise bei Operationen niedriger bis mittlerer Intensität ausgerichtet, und dieser Umstand werde sich kurz- und mittelfristig nicht verändern.

Die Realisierung der Teilstrategie befinde sich erst in der Anfangsphase. Zu den wichtigsten Zielen zähle, dass Österreich seine geographische Konzentration bei Auslandseinsätzen auf den Balkan, den Mittleren Osten sowie auf Afrika mit dem Schwerpunkt *Security Sector Reform* (SSR) lege. Österreich habe Handlungsbedarf an einer Verbesserung der politischen Kommunikation gegenüber der Bevölkerung, so der Experte. Es sei eine große Herausforderung, den Menschen die Notwendigkeit von Einsätzen im fernen Ausland zu erklären.

Die wesentlichen sicherheitspolitischen Fragen für den Zeitraum 2015 bis 2025 seien noch offen, stellt GUSTENAU weiter fest. Dazu zähle primär die Formulierung strategischer Sicherheitsinteressen unter Einbeziehung von strategischen Zukunftsanalysen. Letztere identifizieren vor allem biologische Waffen und den IT-Bereich als zentrale Herausforderungen. In diesem Zusammenhang stelle sich auch die Frage nach der Ausrichtung der Streitkräfte in Richtung *Homeland-Security* oder *Expeditionary Warfare*. Verbunden mit der Klärung dieser Fragen, die schon längst überfällig seien, stelle sich die Notwendigkeit, Investitionsentscheidungen zu treffen. Entscheidungen in diesen offenen Fragen könnten jedoch nur getroffen werden, wenn Großbritannien und Frankreich den Prozess führend vorantreiben, meinte er abschließend.